

## Antrag

**der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Statt Ausbildungspakt – Für eine umlagefinanzierte berufliche Erstausbildung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit den Vereinbarungen des „Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ vom Juni 2004 ist es nicht gelungen, die Wirtschaft ausreichend in die Verantwortung für die Berufsausbildung zu nehmen und die Perspektiven für Jugendliche auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu verbessern. Stattdessen hat sich die Ausbildungsmisere in den letzten beiden Jahren verschärft.

Im Interesse der Jugendlichen muss deshalb das am 7. Mai 2004 vom Deutschen Bundestag verabschiedete, aber nicht in Kraft getretene Gesetz zur Ausbildungsplatzumlage („Berufsausbildungssicherungsgesetz“) dringend reaktiviert, überarbeitet und 2006 in Kraft gesetzt werden. Darüber hinaus muss die berufliche Bildung auch qualitativ verbessert werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- durch Kabinettsbeschluss festzustellen, dass seit 2004 keine verbindliche Vereinbarung, insbesondere mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, mit dem Ziel, alle jungen Menschen in Ausbildung zu bringen, zustande gekommen ist und die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Interesse der Jugendlichen eine Umlagefinanzierung erfordert;
- dem Deutschen Bundestag das bereits verabschiedete Berufsausbildungssicherungsgesetz als überarbeiteten Gesetzentwurf bis spätestens Ende Februar 2006 vorzulegen;
- eine umfassende Einbeziehung der Gewerkschaften bei der Entwicklung eines europäischen Berufsbildungsraums sicherzustellen und im Parlament regelmäßig über Initiativen und Vorhaben der Bundesregierung zu diesem Thema zu berichten;
- eine wissenschaftliche Auswertung über die Auswirkungen der Reform des Berufsbildungsgesetzes – insbesondere die Anerkennung vollschulischer Ausbildung nach § 43 Abs. 2 – in Auftrag zu geben und die Konsequenzen im Parlament zu diskutieren;

- sowie Maßnahmen zu ergreifen, die allen Jugendlichen, die dies brauchen, eine qualifizierte Berufsausbildungsvorbereitung ermöglichen, die bildungspolitisch erheblich aufgewertet und qualitativ verbessert werden muss. Auch die berufliche Benachteiligten- und Behindertenförderung muss neue Impulse erhalten.

Berlin, den 30. November 2005

**Cornelia Hirsch**

**Dr. Petra Sitte**

**Volker Schneider (Saarbrücken)**

**Dr. Lukrezia Jochimsen**

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### **Begründung**

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist dramatisch: Auf einen unbesetzten Ausbildungsplatz kamen Ende September 2005 vier Ausbildungsplatzsuchende. Neben den Bewerbern und Bewerberinnen, die in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit geführt werden, sind weitere rund 400 000 Jugendliche als nicht ausbildungsreif eingestuft, in berufsvorbereitenden Maßnahmen verschiedener Anbieter geparkt worden oder haben sich nach mehreren erfolglosen Bewerbungsversuchen nicht zurückgemeldet und stattdessen z. B. ohne Ausbildung einen Job aufgenommen. Die Ausbildungsplatzbilanz 2005 scheint gegenüber 2004 nur deshalb optisch verbessert, weil ca. 5 000 ausbildungsplatzsuchende Jugendliche „an die optierenden Kommunen abgegeben“ wurden.

Die tatsächliche Ausbildungslücke ist damit deutlich höher als die von der Bundesagentur für Arbeit in ihrer veröffentlichten Ausbildungsbilanz angegebene Zahl von knapp 30 000 Jugendlichen.

Der Ausbildungspakt ist auch im zweiten Jahr wirkungslos geblieben: Im Vergleich zu 2005 wurden sogar 8,9 Prozent weniger betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet; weiterhin bilden nur noch 23 Prozent der Betriebe aus und nach Befragungen des Instituts der deutschen Wirtschaft sagen über 70 Prozent der Betriebe, dass sie ihr Ausbildungsverhalten aufgrund des Paktes nicht verändert haben.

Im Interesse der Jugendlichen muss die Regierung deshalb handeln und eine Umlagefinanzierung einführen. Tarifliche Vereinbarungen, wie sie z. B. in der Bauwirtschaft bestehen, haben demgegenüber selbstverständlich weiterhin Vorrang.

Die Linksfraktion tritt dafür ein, in einem ersten Schritt das vom Deutschen Bundestag bereits beschlossene Gesetz zur Ausbildungsplatzumlage (Berufsausbildungssicherungsgesetz) erneut ernsthaft und gründlich zu beraten, es durch weitere Maßnahmen zur Reform der beruflichen Bildung zu ergänzen und es anschließend erneut in den Deutschen Bundestag einzubringen.